

Ludwig Laher

## Vom „Fair Treatment“-Pickerl

Wenn in den Geschäften inzwischen ein paar Prozent der Waren unter dem Label „Fair Trade“ angeboten werden, wird das vom Handel gern als positive Entwicklung hervorgehoben. Nüchtern betrachtet besteht dazu freilich nicht der geringste Anlaß, denn aus dem Nischen-Qualitätsmerkmal „Fair Trade“ für Weniges ergibt sich, nimmt man Sprache ernst, zwangsläufig, daß Vieles, sehr Vieles unfair gehandelt wird, daß dieser Umstand Wirtschaft wie Konsumenten offensichtlich egal ist, aber auch, daß die Politik auf globaler Ebene ganz selbstverständlich die Rahmenbedingungen für dieses Unrecht zur Verfügung stellt.

Würde unfairer Handel zum Straftatbestand erklärt, also auch im juristischen Sinne Unrecht, gäbe es sicherlich sofort eine Unmenge von Verfahren, die es skrupellosen Großkonzernen zum Beispiel unmöglich machen würden, in sicherheitstechnisch bedenklichen und auch sonst menschenunwürdigen Fabriksquartieren irgendwo in Asien, vielleicht in Bangladesh, Legionen von Frauen und Mädchen um weniger als Hungerlöhne Textilien herstellen zu lassen, und zwar nicht nur absolute Billigware, sondern auch solche, die bei uns als Marke Ansehen genießt. Aber mangelnde Fairneß, wie zynisch sie auch ausfallen mag, kann niemand einklagen.

„Unfair“ heißt in diesem Zusammenhang schlicht: Die das Sagen haben diktieren die Bedingungen, weil niemand sie durch wirksame gesetzliche Vorkehrungen daran hindert, und die davon Betroffenen haben nicht die Mittel, sich dagegen aufzulehnen, müssen vielmehr, wollen sie wenigstens auf primitivstem Niveau überleben, ihre Haut zum Markte tragen, zum freien Markt, dem goldenen Kalb.

Im reichen Norden wird gebetsmühlenartig argumentiert, das alles sei sehr bedauerlich, aber eben nur auf globaler Ebene zu lösen, weswegen einem leider die Hände gebunden seien. Und so bleibt es, wie es ist, unfair nämlich, und man richtet sich behaglich ein darin, solange die verelendeten Menschen weit weg sind, die Shareholder-Profiten nah und die Waren trotz absurder Gewinnspannen einigermaßen erschwinglich.

Nun kann es aber passieren, daß etwa senegalesische Fischer, denen die großen Fangflotten das Meer vor der Haustür leerfischen, sich in ihren ansonsten nutzlos gewordenen Booten Richtung kanarische Inseln aufmachen. Und wie sie kommen ohne Unterlaß Abertausende auf den verlockenden Gedanken, die Festung Europa

knacken zu wollen, weil ihnen, wo sie zur Welt kamen, jede Perspektive fehlt, vielleicht auch genommen wurde. Zugegeben, unter diesen Tausenden und Abertausenden sind auch viele, die zuhause durchaus ein bescheidenes Auskommen haben und sich blenden lassen von vagen Aussichten auf mehr Wohlstand im Norden, dessen Süden im Moment selbst zu verelenden droht. Aber das ist eine andere Geschichte.

Die hier handelt davon, wie wir in Österreich umgehen mit denen, die es bis hierher geschafft haben, weil sie sich politisch verfolgt fühlen, weil sie verelendet sind, weil sie vorwärts kommen wollen und so weiter. Indem sie überhaupt hier sind, haben sie sich nach (wenn schon nicht allgemeiner, so doch) mehrheitlicher Überzeugung bereits ins Unrecht gesetzt, denn von Rechts wegen hätten sie fast alle als bitterarme Kirchenmäuse jeglicher Religion, als von marodierenden Banden vergewaltigte Halbwüchsige oder meinetwegen von einer Fatwa mit dem Tod bedrohte Intellektuelle keinen Fuß auf unser Staatsgebiet setzen dürfen, denn wir sind von sicheren Drittstaaten umgeben, wo sie sich gefälligst zu melden gehabt hätten. Sie haben sich also von Anfang an ins Unrecht gesetzt, und das bekommen sie auch zu spüren, indem die sogenannten Asylverfahren alles andere als ergebnisoffene Erkundungen der Umstände sind, die sie für ihr Ansuchen geltend machen.

Ich habe mich dem eigentlichen Thema auf Umwegen genähert, weil ich es trotz der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung steht, in größere Zusammenhänge einbetten und vor dem unbestreitbaren Hintergrund einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, ungerechter politischer Verhältnisse in vielen Teilen der Welt verhandeln wollte und im Lichte jener Interessen, die daran kaum Anstoß nehmen.

Ich weiß genau, wovon ich spreche, habe ich doch für meinen 2011 erschienenen und für den deutschen Buchpreis nominierten Roman „Verfahren“ akribisch in der Sache recherchiert, auf der strukturellen Ebene wie unter den Menschen, um die es geht, den Flüchtlingen, den Asylsuchenden. Schließlich habe ich mich entschlossen, die wahre Geschichte eines Mädchens aus dem Kosovo zu erzählen, dessen Familie bei einem politisch motivierten Brandanschlag ums Leben kam, das trotz dem immensen Leid samt Selbstmordversuchen ganz auf sich allein gestellt die Matura schaffte und schließlich bei der Übergangsverwaltung der UNO, UNMIK genannt, einen Job in der Kantine fand, was von einer Bande nationalistischer Jugendlicher als Vorwand für eine Entführung und tagelange Vergewaltigungsorgie genommen

wurde. Daß Jelena Serbin ist und die Täter in beiden Fällen Albaner, tut nichts zur Sache, es hätte genauso umgekehrt sein können. Jedenfalls war eine Ärztin aus der Psychiatrie daran schuld, daß sich die völlig zerstörte junge Frau nach langer Zeit des Sammelns letzter Kräfte hierher aufmachte. Die Medizinerin hatte nämlich damals gemeint, jemand wie sie, völlig auf sich allein gestellt, mit den an ihr begangenen Verbrechen, mit ihren den Konflikten in der Region geschuldeten Traumatisierungen in einem chaotischen, bestenfalls im Entstehen begriffenen Staatsgebilde, das seine Bürger nicht zu schützen vermag, könne bestenfalls weitab von dort wenn schon keine Heilung, so zumindest Linderung ihrer psychischen Beschwerden erfahren und neue Lebensperspektiven gewinnen.

Einen solches Häufchen Mensch haben die Behörden Österreichs dann gleich einmal in Schubhaft genommen. Bei der ersten und entscheidenden Einvernahme ausgerechnet unter Zuziehung einer albanischen Dolmetscherin, die auch für die Sprache Serbisch Verwendung fand, schuf man ohne Rücksicht auf Jelenas Verfassung und ohne Rechtsbeistand für die junge Frau Grundlagen für die Ablehnung ihres Asylantrages. Unter anderem mittels irritierender Vorabwertungen ihres Leides durch das einvernehmende Organ und einer unglücklichen Antwort auf die anschließende Fangfrage ließ sich das wunderbar begründen. Höchst Relevantes blieb dagegen ausgeblendet. Nicht einmal subsidiären Schutz erhielt Jelena zugestanden.

Den über die Jahre stets aufs neue verschärften und teilweise inkohärenten Asylrechtsvorschriften war damit Genüge getan, die Ablehnung schien wasserdicht. Nur unfair blieb das Ganze, himmelschreiend unfair. Und wie 1200 in einer Fabrik umgekommene Textilarbeiterinnen in Banglah Desh für den saturierten Norden bloß bedauerliche Kollateralschäden zu sein scheinen, sind das offensichtlich auch jene, die sich vor oder nach der Abschiebung umbringen oder in ihren Herkunftsländern dann auf die eine oder andere Art schnell vor die Hunde gehen.

Österreich kann die Grenzen nicht für alle öffnen, das ganze Leid der Welt schultern, das ist wohl wahr. Aber die an Leib und Leben Bedrohten, aus welchen Gründen immer hier vorstellig geworden, verdienen bestmögliche Verfahren, mit deren Hilfe vazierende Diebsbanden, die hier mit dem Asylticket ihr Gewerbe ausüben wollen, säuberlich von ihnen geschieden werden, Verfahren, die sie zuverlässig herausfiltern und ihnen Schutz einräumen.

Das fängt schon im organisatorisch-technischen Bereich an. Ohne akustische Aufzeichnung der entscheidenden Einvernahmen, in manch anderen Ländern Standard, sind sowohl die Asylrichter der nächsten Instanz wie auch die Beschwerdeführer auf häufig fragwürdige Niederschriften angewiesen, die von den Verschüchtern aus Angst vor der Autorität meist auch dann unterschrieben werden, wenn darin nicht alles wirklich so wiedergegeben wird, wie es sich abgespielt hat.

Es ist verstörend, daß vielleicht aus Überforderung nicht zur Sprache gekommene asylrelevante Argumente oder Dokumente im nachhinein nichts mehr zählen, daß Mißverständnissen oder Fallen geschuldete unabsichtlich falsche Antworten nicht mehr korrigiert werden dürfen. Es ist unsäglich, daß nur die Verfolgung durch einen Staat, nicht aber durch fanatisierte politische Gruppen anerkannt wird, die ebendieser Staat nicht bändigen kann oder will. Es ist beschämend, wie in den ablehnenden Bescheiden trotz Erfüllung zahlreicher Kriterien am Ende durch bürokratische Stehsätze wie *Dem steht das öffentliche Interesse an einem geordneten Fremdenwesen gegenüber*. Jegliche Bemühung, sich zu integrieren, zu arbeiten, sich sozial zu engagieren vom Tisch gewischt wird. Und es ist oft nicht auszuhalten, daß bestens integrierte Familien nach vielen Jahren des Hierseins plötzlich abgeschoben werden sollen. Am empörendsten aber ist die Selbstzufriedenheit des verantwortlichen politischen Personals und der Bürokratie im Angesicht dieser Zustände.

All das mag den Buchstaben schlechter Gesetze genügen, aber es ist und bleibt unfair, oft zynisch und nicht selten brandgefährlich für die Betroffenen. Ja, mehr Sorgfalt, bessere Filter, qualifizierte Recherche in den Herkunftsländern und im Zweifel mehr Großzügigkeit als Härte würden etwas kosten. Na und?

In diesem Herbst erscheinen zwei Schullehrbücher mit langen Ausschnitten aus meinem Roman „Verfahren“ und hervorragender Aufbereitung des Stoffes. Nur differenzierte Information, traditionelle sowie Herzensbildung in der Sache kann mittelfristig dazu führen, daß Menschlichkeit mehrheitsfähig wird. Nicht alle können, wie gesagt, bei uns bleiben, aber alle verdienen sich das Pickerl „Fair treatment“, faire Behandlung.